

Bemerkungen zur III. zentralen Agitatorenkonferenz in Berlin

Am 30. und 31. Januar 1954 fand in Berlin die III. zentrale Agitatorenkonferenz statt. Aus allen Teilen der Deutschen Demokratischen Republik waren Agitatoren anwesend, um die Richtung der weiteren Agitationsarbeit zu beraten, Erfahrungen auszutauschen und so für ihre praktische Arbeit Hilfe zu erhalten. Obwohl die Konferenz zweifellos Höhepunkte auf wies, ist der Erfolg meines Erachtens nicht der, den wir alle erhofft hatten.

Nach dem ausgezeichneten Referat des Genossen Oelßner würden in der Diskussion nicht genügend die politischen Schwerpunkte ausgearbeitet und wenige Beispiele der einfachen, lebendigen Argumentation gezeigt. Die Genossen, die zu Wort kamen, erschöpften sich in allgemeinen Rechenschaftsberichten über ihre Arbeit, die nur noch wenig mit Agitationsarbeit zu tun hatten. Die Frage, wie das käme, beantworteten einige Genossen im Gespräch in den Pausen selbst. Eine Genossin erklärte, daß sie vorher noch nie etwas mit Agitationsarbeit zu tun hatte und erst in Zukunft in ihrem Betrieb die Wandzeitungsarbeit übernehmen soll. Ein anderer Genosse war bisher nie Agitator, hat aber bei der Bevölkerung Unterschriften für die deutschen Forderungen an die Viermächtekonferenz gesammelt.

Genosse Fred Oelßner sagte in seinem Referat, daß derjenige, der überzeugen wolle, selber brennen müsse. Ein Agitator muß ganz in seiner Arbeit aufgehen, um andere überzeugen zu können. Deshalb scheint mir der größte Mangel unserer Agitationsarbeit der zu sein, daß die Agitationsfunktionäre wie Kometen auftauchen und dann, wenn sie gerade angefangen haben, sich in dieser Arbeit zu entwickeln, andere Aufträge erhalten. Auf allen Zusammenkünften der Agitatoren bei der Bezirksleitung Groß-Berlin und bei anderen Konferenzen zeigte sich die ungeheure Fluktuation unter den Agitatorenkadern. Das zeugt davon, daß die Agitationsarbeit in vielen Parteileitungen unterschätzt wird. Das bewiesen auch die Diskussionsbeiträge einiger Genossen aus Großbetrieben auf der III. zentralen Agitatorenkonferenz in Berlin. Nach ihren Diskussionsreden zu urteilen, reichen die Fähigkeiten dieser Genossen für die Funktion des Agitationsleiters in einem großen Betrieb nicht aus. Man hatte das Gefühl, daß die Funktionen besetzt worden waren, ohne daß sich die Parteileitungen darüber Gedanken gemacht hatten, welche Anforderungen damit verknüpft sind. Man hat anscheinend Lückenbüßer und nicht die besten Agitatoren eingesetzt.

Es muß aber allen Parteiorganisationen klarwerden, daß Erfolge nur durch gute Agitationsarbeit zu erzielen sind. Weil die Betriebsparteiorganisation im VEB „Aktivist“ Berlin ständig die gleichen Agitationsfunktionäre hat und mit ihnen systematisch arbeitet, konnte sie z. B. am 17. Juni 1953 eingedrungene Provokateure hinausweisen, war es ihr anlässlich wichtiger Ereignisse möglich, einen großen Teil der Belegschaft durch

die Überzeugungsarbeit zur Übernahme von gut durchdachten Selbstverpflichtungen zu gewinnen. Auch bei uns werden die Agitatoren für andere Funktionen entwickelt, aber sie gehen dann in diese Funktionen, wenn sie sich als Agitatoren bewährt haben und ihre Agitationsarbeit auch in der neuen Funktion ausüben.

Zum Schluß noch ein Wort an die Versammlungsleitung. Wenn wir in unserer Agitationsarbeit so unbeweglich

wären wie sie, dann hätten wir keine Erfolge. Am 31. Januar kam das Memorandum unserer Regierung heraus. Man hätte den Konferenzteilnehmern Gelegenheit geben müssen, das Memorandum zu studieren, damit die Diskussionsredner darauf hätten eingehen können, um über die Arbeit mit dem Memorandum in der Agitation der nächsten Zeit sprechen zu können. Wenn außerdem eine Diskussion zu flach wird, macht im allgemeinen der Leiter der Versammlung auf den Zweck der Diskussion aufmerksam. Das habe ich vermißt. Ernst Grimm

Agitationsleiter im VEB „Aktivist“
Berlin

Weckt so die Kreisleitung Brandenburg-Stadt die Verantwortung der Bürgen?

Die Artikel: „Mehr Verantwortungsbewußtsein bei der Aufnahme neuer Kandidaten“ und „Ist die Bürgschaftserklärung auf einem Vordruck gültig?“ in „Neuer Weg“ Nr. 1/2/54, veranlassen mich, über einige Mängel zu schreiben, die es in der Parteiarbeit noch gibt.

Der Hinweis des Genossen Herbert Prager, daß wir die „Aufnahme von Kandidaten nicht dogmatisch betrachten, nicht allein den Fragebogen, sondern den lebendigen Menschen sehen sollen“, ist sehr richtig. Wir sollten aber nicht vergessen, daß zu einer Parteiaufnahme nicht nur der Lebenslauf, sondern noch verschiedene andere Unterlagen gehören, z. B. auch die Bürgschaftserklärungen.

Genosse Heinrich Holstein sagt hierzu in seinem Artikel: „Die Bürgschaftserklärung soll der Parteileitung ein genaues Bild über die politische, gesellschaftliche und fachliche Tätigkeit des Antragstellers geben, sie soll zeigen, ob der Betreffende für die Aufnahme würdig ist.“

Gerade diese Forderungen berücksichtigen verschiedene Kreisleitungen noch nicht. Häufig kommt es vor, daß der Parteiose, der einen Antrag um Aufnahme als Kandidat stellt, oder der Kandidat, der als Mitglied aufgenommen werden soll, Bürgen benennt, die nicht zu der Grundorganisation gehören, in der der Aufnahmeantrag gestellt wurde. D. h., daß die Grundorganisation die Bürgen nicht kennt und sich im wesentlichen auf die schriftlich gegebenen Bürgschaftserklärungen verlassen muß. Sehr oft gehören auch die Genossen, die eine Bürgschaft übernehmen, zu einer anderen Kreis- oder Stadtbezirksleitung.

Im Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees vom 9. September 1953 „Die grundlegenden Bestimmungen über die Organisationsstatistik und -technik der SED“ heißt es dazu:

„Ist es infolge Arbeitsplatz- oder Wohnungswechsel des Antragstellers nicht möglich, entsprechend dem Statut der Partei Bürgen zu finden, die den Antragsteller mindestens ein Jahr aus der gemeinsamen Arbeit bzw. Tätigkeit kennen, so kann derselbe Bürgschaftserklärungen von Bürgen aus seinem ehemaligen Wohnort bzw. seiner letzten Arbeitsstelle, mit denen er zur Zeit des Antrages um Aufnahme noch in Verbindung steht, beibringen. Diese Bürgschaftserklärungen müssen in jedem Falle in der für die Bürgen zuständigen Stadtbezirks-

bzw. Kreisleitung von einem der unterschreibsberechtigten Sekretäre unterschrieben und mit dem Siegel der Stadtbezirks- bzw. Kreisleitung versehen werden.

Vor der Unterschriftsleistung muß der betreffende Sekretär sich über die ordnungsgemäße Mitgliedschaft der Bürgen an Hand der in der Stadtbezirks- bzw. Kreisleitung liegenden Grundbücher informieren.“

Leider gibt es noch Funktionäre, die gegen diesen Beschluß verstoßen; wahrscheinlich, weil sie sich ungenügend mit den Dokumenten unserer Partei, die ja die Arbeitsgrundlage für uns bilden, vertraut machen. Die Kreisleitung der SED Brandenburg-Stadt bestätigte z. B. Ende vorigen Jahres eine Bürgschaftserklärung, die aus knapp drei Sätzen bestand. Der Bürge brachte sinngemäß zum Ausdruck, daß er den Antragsteller, der dort und dort wohnt, von Kindheit auf kennt und ihn deshalb für würdig hält, Kandidat der Partei zu werden. — Das war alles.

Man sollte annehmen, daß die Funktionäre dieser Kreisleitung die Gelegenheit genutzt hätten, um mit dem Bürgen zu sprechen und ihm zu sagen, daß seine Bürgschaft mangelhaft begründet ist, daß die Leitung der Grundorganisation aus dieser Bürgschaft kein klares Bild über den antragstellenden Genossen erhält, usw.

Aber weit gefehlt. Die Kreisleitung Brandenburg-Stadt bestätigte diese Bürgschaft, und um das Maß voll zu machen, setzte sie noch das Siegel der Kreispartei kontrollkommission darunter. Im Beschluß aber wird vom Siegel der Stadtbezirks- bzw. Kreisleitung gesprochen. Damit ist das Siegel mit dem Aufdruck „Sekretariat“ gemeint. Der verantwortliche Genosse der KPKK der Kreisleitung Brandenburg-Stadt sollte sich darüber klarwerden, daß sein Siegel ein besonderes Siegel ist, zu dessen Verwendung es bestimmte Richtlinien gibt. Er persönlich ist der Partei gegenüber für die Anwendung seines Siegels verantwortlich.

Wenn Genosse Prager in seinem Artikel über die Notwendigkeit der Erhöhung des Verantwortungsbewußtseins bei der Aufnahme neuer Kandidaten spricht, so möchte ich durch meinen Beitrag darauf hinweisen, daß es notwendig ist, daß die Kreisleitungen in solchen Dingen vorbildlich arbeiten und die Grundorganisationen richtig anleiten. Gerhard Hirschfeld